

Berliner Zeitung 8.7.2020 von Susanne Lenz

Romani Rose

„Glaubt man, mit den Roma und Sinti so umgehen zu können?“

Romani Rose vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma konnte sich erst gar nicht vorstellen, dass das Denkmal für die in der Nazizeit Ermordeten durch den Bau eines S-Bahn-Tunnels bedroht ist. Niemand hatte mit ihm gesprochen. Nun sagt er, welche Bedingungen der Zentralrat an die Deutsche Bahn stellt.



Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, hat lange um ein Mahnmal für die von den Nazis Ermordeten gerungen. 2012 wurde der von dem Künstler Dani Karavan erschaffene Ort neben dem Reichstag endlich eingeweiht. Nun, nur acht Jahre später, war sogar von einem Abbau die Rede. Das Interview fand am Telefon statt.

Berliner Zeitung: *Sie haben für dieses Denkmal gelebt, Herr Rose, der Weg dorthin war lang und steinig, und jetzt ist es bei Bauarbeiten für einen S-Bahn-Tunnel im Weg. Wie gehen Sie damit um?*

Romani Rose: Die Realisierung dieses Denkmals hat 20 Jahre gedauert. Die Auseinandersetzungen, die wir führen mussten, waren nicht leicht, aber wir haben es durchsetzen können. Wir sind nicht 20 Jahre dafür eingetreten, das Denkmal zu erbauen, um nun zuzustimmen, dass es abgebaut wird. Allein, dass dies formuliert worden ist, ist peinlich.

Wann haben Sie erfahren, dass der Bau des S-Bahn-Tunnels das Mahnmal tangiert?

Erst vor ungefähr drei, vier Monaten. Aber schon 2017, 2018 gab es wohl Gespräche mit der Politik, mit dem Bundestag und anderen Beteiligten.

Also hätte man damals schon mit Ihnen sprechen können?

Natürlich. Aber wir waren über diese Planung überhaupt nicht informiert. Die Bahn hat nie das Gespräch mit uns gesucht. Nur die Stiftung Denkmal hat uns informiert: Es gebe da eine Planung für die S21 ...

Die S-Bahnstrecke, die den Hauptbahnhof mit dem Potsdamer Platz verbinden soll.

... und die solle in dem Bereich des Denkmals verlaufen, es solle womöglich abgebaut werden. Ich habe das nicht ernst genommen. Ich habe es deshalb nicht ernst genommen, weil es für mich unvorstellbar war. Dass man Planungen macht, die so weit gehen. Und dass man mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, der die Opfer repräsentiert, der die Geschichte repräsentiert, der auf den vergessenen Holocaust hingewiesen hat, in dem 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa umgekommen sind und der um dieses Denkmal gerungen hat – dass man mit uns nicht spricht. Das konnte ich mir nicht vorstellen.

Die Bahn hat Sie nicht informiert, aber die Politik ja offenbar auch nicht, oder?

Der Berliner Senat hat uns nicht informiert. Es gab auch keine Gespräche mit dem Deutschen Bundestag. Ich habe dann mein Büro gebeten, mich mit Herrn Kaczmarek in Verbindung zu setzen ...

Dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Berlin.

Wir haben vor zwei Monaten telefoniert, und ich habe ihn gebeten, jetzt sofort alle Beteiligten an einen Tisch zu rufen. Und dass ich Klarheit darüber haben will, was die Deutsche Bahn sich vorstellt. Und wie die Politik sich zu dieser Frage verhält.

Wie ist der Stand der Dinge?

Die Deutsche Bahn hat verschiedene Varianten durchgespielt. Die Variante 13 hätte unser Denkmal nicht tangiert, aber das ist auf einhellige Ablehnung des

Bundestags gestoßen. Und jetzt sind wir wieder bei der Variante 12. Die sieht vor, dass am Ende des Brunnens eine vier Meter hohe Schutzwand errichtet wird, die das Denkmal Richtung Bundestag abgrenzt, weil dahinter die Baustelle beginnt. Ein Gedenken an diesem Ort wäre dann unmöglich. Der Lärm der Lastwagen, der Baustelle, die Bretterwand – das ist für uns keine akzeptable Lösung.

Der Künstler Dani Karavan hat mit diesem Denkmal einen stillen Ort geschaffen.

Er hat einen Gedenkort geschaffen, der nicht die Aufgabe hat, sich zu erheben, sondern den Menschen die Möglichkeit gibt, sich zu informieren, aber auch zu meditieren. Und vielleicht zu begreifen, was der Holocaust für den einzelnen unserer Minderheit bedeutet hat: die Zerstörung von Biografien und die Ermordung ganzer Familien. Und das wird jetzt, acht Jahre nach der Übergabe durch Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Gauck, nicht mehr so sein.



Das Denkmal und Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas gegenüber dem Reichstag in Berlin. Foto: Stefan Boness / Imago Image

Wie gehen Sie persönlich damit um?

Wissen Sie, ich möchte meine Gedanken nicht in der Öffentlichkeit ausbreiten. Es muss auf jeden Fall so sein: Dieser Ort darf nicht angetastet werden. Man muss mit uns sprechen. 1980 gab es den Hungerstreik in Dachau, an dem Überlebende des Holocaust und Nachgeborene teilgenommen haben.

Auch Sie selbst.

Da hatten wir ganz klare Forderungen: die Anerkennung des Völkermords an unserer Minderheit. 1982 hat Helmut Schmidt das getan. Seit dieser Zeit hat es in der Bundesrepublik Deutschland positive Entwicklungen gegeben. Die Politik hat sich mit dem Antiziganismus beschäftigt. Bei Innenminister Seehofer gibt es eine Kommission, die sich mit den Ursachen von Gewalt und Ausgrenzung auf der Basis des Antiziganismus beschäftigt. Der Antiziganismus und auch der Antisemitismus reichen weit in die europäische Geschichte zurück, beide Minderheiten hatten von der Obrigkeit eine Sündenbockfunktion auferlegt bekommen. Diese Vorurteile sind tief eingewurzelt in den europäischen Gesellschaften, auch in Deutschland. Wir ächten den Antisemitismus, aber dem Antiziganismus wird Toleranz entgegengebracht. Ich wünsche mir, dass gerade an dieser sensiblen Frage des Denkmals alles in die Waagschale geworfen wird. Glaubt man, mit den Roma und Sinti so umgehen zu können, wie das hier geschehen ist?



Zur Person

Romani Rose, 1946 in Heidelberg geboren, entstammt einer Sinti-Familie. 13 ihrer Mitglieder wurden im Holocaust ermordet, darunter seine Großeltern. Seit 1982 ist er Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma mit Sitz in Heidelberg. Er hat ihn selbst mitgegründet.

Seit 1982 ist er Vorsitzender des Deutschen Zentralrats der Sinti und Roma mit Sitz in Heidelberg. Er hat ihn selbst mitgegründet.

Es ist tatsächlich unvorstellbar, dass mit dem Holocaust-Denkmal für die Juden so umgegangen worden wäre, oder?

Unvorstellbar! Und es ist auch unvorstellbar, dass der Künstler lange Zeit überhaupt nicht informiert worden ist. Das ist diese Instinktlosigkeit. Die Deutsche Bahn hat in Bezug auf unsere Geschichte immer bürokratisch gehandelt. Als sie die Menschen in die Konzentrationslager deportiert hat, hat sie sich keine Gedanken gemacht. Sie hat lediglich die Abrechnung dem Reichssicherheitshauptamt präsentiert. Dass man jetzt mit dem Gedenken so umgeht, ist für mich ein unvorstellbarer Akt. Aber lassen Sie mich etwas hinzufügen, das mir auch wichtig ist: Die Bundesrepublik ist unsere Heimat. Wir sind im Gespräch, und wir wollen und wir brauchen eine einvernehmliche Lösung. Aber der Ort des Denkmals muss in 20 Jahren derselbe Ort sein. Und das Kunstwerk, das ja nicht nur aus dem schwarzen Becken besteht, sondern aus der gesamten Fläche mit den Informationstafeln, den Steinen, die an die Konzentrationslager erinnern, bis hin zu den Tafeln, auf denen Helmut Schmidt den Völkermord anerkennt und Roman Herzog die Parallele zum jüdischen Schicksal zieht – dieses Kunstwerk muss in seiner Gesamtheit erhalten bleiben.

Es war davon die Rede, während der Bauzeit einen stillen Ort in der Nähe einzurichten. Wäre das eine Lösung?

Einen temporären Ort des Gedenkens ziehen wir nur dann in Betracht, wenn Bahn und Politik keine andere Alternative vorlegen können, wenn die technischen Bedingungen keine andere Variante erlauben. Wir brauchen dann aber die vertragliche Zusicherung, dass der ursprüngliche Ort wiederhergestellt wird. Ebenso muss daran gedacht werden, dass wir als Zentralrat schon lange die Forderung haben, dass über die Geschichte mehr informiert werden muss. So wie beim jüdischen Denkmal mit einem Ort der Information. Wir sind in Gesprächen und im Vordergrund steht eine Lösung, die das Denkmal nicht tangiert. Dann brauchen wir die anderen Dinge nicht.

Es geht um das Denkmal selbst, aber ist nicht der Umgang damit auch ein Signal?

Es ist kein gutes Signal, wenn man glaubt, mit der Geschichte so umgehen zu können. Dann stärkt man die Position derer, die man offiziell zurückdrängen will. Und das sind die Nationalisten.